

# sounds like berlin

---

Projektbericht herausgegeben vom  
[Forschungszentrum Populäre Musik](#)  
der Humboldt-Universität zu Berlin

[PopScriptum 4 - sounds like berlin](#)

## 'round club table' - Diskussion im [WMF](#) (16.06.1999)

### Akteure, Strukturen und Probleme der lokalen Musikwirtschaft in Berlin

mit:

<b>Sören Bauermeister</b>	( <a href="#">Musikverlag Amber Records</a> ) <b>autorisiert</b>
<b>Mercedes Bunz</b>	( <a href="#">DE:BUG</a> ) <b>autorisiert</b>
<b>Barbara Esser</b>	( <a href="#">Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur</a> ) <b>autorisiert</b>
<b>Friedrich Gnad</b>	( <a href="#">stadtart Dortmund</a> ) <b>autorisiert</b>
<b>Thomas Liljeberg</b>	( <a href="#">Kulturamtsleiter Bezirk Mitte</a> ) <b>autorisiert</b>
<b>Peter Radszuhn</b>	( <a href="#">Radio 1</a> )
<b>Claudia Wahjudi</b>	( <a href="#">Zitty Stadtmagazin, Berlin</a> ) <b>autorisiert</b>
<b>Sascha</b>	( <a href="#">Sage-Club</a> )
Moderation/Redaktion:	<a href="#">Susanne Binas</a>

Susanne Binas Die [Stadt Berlin](#) kokettiert in den Hochglanzbroschüren ihrer Marketing-agenturen mit dem "neuen", "kreativen", "dynamischen", "jugendlichen" Berlin. Kaum eine dieser Darstellungen kommt ohne ein Foto oder Hinweis auf die Love-Parade aus. Das war es dann aber auch; Musikkultur in Berlin reduziert sich in diesen Prospekten auf die traditionellen Institutionen des Musikbetriebes (Opern, Konzerthäuser), einige Festivals und was die Popmusik angeht auf die [Love-Parade](#).

Die Ergebnisse unseres Projektes aber haben gezeigt, daß in der Stadt ein ausgesprochen vielgestaltiges Bild von Akteuren und Stilistiken populärer Musik existiert. Es gibt nicht nur die Love-Parade, sondern ein hochgradig integriertes Netz - Friedrich Gnad und Jörg Siegmann haben dieses Strukturprinzip vorhin in ihren Vorträgen thematisiert - von Akteuren, die manchmal quasi in einer Person Label- und Klubbetreiber, DJ, oder Geschäftsführer einer Zeitschrift sind.

Gibt es eine Chance das Hochglanzbroschüren-Image aufzubrechen?

Claudia Wahjudi Zehn Jahre nach der Maueröffnung sind wir an einen Punkt angekommen, an dem wir uns ziemlich genau überlegen müssen, wie wir weiter machen. In der besonderen Situation nach 1989 wurde in der Stadt ein ungeheures Potential freigesetzt. Vor allem die Räumlichkeiten waren da ein nicht zu unterschätzender Faktor. Gebäude standen leer, Raum wurde zunächst preiswert angeboten. Ab Mitte der 90er Jahre konnte man gerade im Clubsegment dann aber beobachten, wie sich diese Entwicklung - oder die Freiheit, die einstmals herrschte - in ihr Gegenteil verkehrte. Die Bundesregierung und Firmen stellten Ansprüche an Räumlichkeiten in Mitte, Firmen wollten investieren, Mietverträge wurden nicht mehr verlängert. Das war ein Wendepunkt. Nun differenzierte sich, wer in welche Richtung weiter geht. Macht man einen hochprofessionellen Laden und versucht als Wirtschaftskraft anerkannt zu werden - so, wie das letztens im Sage-Club mit dem Wirtschaftssenator Wolfgang Branoner diskutiert wurde - oder versucht man, in freien, flexiblen Netzwerken, die sich aus Freundeskreisen rekrutieren, von Ort zu Ort zu ziehen. Wählt man letzteres, ist man aber zumindest teilweise auf das Goodwill der Investoren angewiesen. Die können sagen: Okay, ihr könnt diesen Raum noch drei, zwölf, 16 Monate nutzen, dann müsst ihr raus. Damit begibt man sich in Zusammenhänge - und das wird ja immer wieder in der Szene diskutiert - die letztlich helfen, Investitionsräume kulturell aufzuwerten. Dem Investor, der einem die Hand reicht, tut man damit auch einen Gefallen und man nimmt indirekt an der Umstrukturierung der Stadt teil.

Unter diesen Voraussetzungen einen Imagewandel herbeizuführen, das ist sehr schwierig. Zumal dieses Image sehr stark dominiert wird durch Aktionen wie von ["Partner für Berlin"](#). Diese kulminieren dann in einer achtstündigen Live-Übertragung der Love-Parade, die bundesweit ausgestrahlt wird, ganz so wie es im Referat vorhin über die Berliner Fernsehsender eingeschätzt wurde. Und es kommt zu merkwürdigen Konstellationen; ein Innensenator, der an der Love-Parade teilnimmt, der von einem "Ghetto" Kreuzberg gesprochen und sich nicht dagegen gesträubt hat, als seine Parteikollegen von einem Abriss ganzer Häuserblocks dort sprachen. So wird er selbst Teil des Images, und es interessiert offensichtlich kaum, was und wer in diesen temporären Feldern operiert, die ja erst den Boden für die "Leuchttürme" des Kultursenators bereit stellen. An dieser Diskrepanz sollte man ansetzen.

Susanne Binas      Wirtschaftliche Aspekte spielen sicher für beide Herangehensweisen eine Rolle. Und dabei kommt es nicht von ungefähr, daß sich beispielsweise verschiedene Clubbetreiber den Wirtschaftssenator zu einer Diskussionsrunde eingeladen haben. Jörg Siegmann hat vorhin in seinem Referat über die Stadt Köln und den von der Popkomm ausgehenden Synergieeffekten betont, daß für das Entstehen eines interessanten Musikmilieus in Köln im wesentlichen der Wirtschaftssenat verantwortlich war bzw. daran mitgearbeitet hat. Der Wirtschaftssenat fördert wenn, dann nur aus einer bestimmten Perspektive - vielleicht können wir dazu später noch einmal etwas von sage-Club erfahren - einer Perspektive, die eher das vorhin gezeichnete Image im Auge hat - zumindest in Berlin, als die Unterstützung hochgradig risikoreich arbeitender Kleinstunternehmer im kulturellen Sektor. Können diejenigen, die sich explizit mit Fragen kultureller Entwicklung in der Stadt beschäftigen einen Prozeß fördern, der der Vielfalt eine Plattform gibt?

Barbara Esser      Ich will zunächst etwas zu dem Image sagen, was sich mir in Teilen etwas anders darstellt. In letzter Zeit bekomme ich zunehmend Anfragen von sehr renommierten Klubs aus dem internationalen Raum - auch aus Übersee -, die auf der Suche nach einem europäischen Standort sind und sich definitiv für Berlin entscheiden. Neben London und Amsterdam ist Berlin zu einem der interessantesten Orte geworden. Dazu trägt zweifellos seine geographischen Lage bei, seine Öffnung nach Osten.

Was die konkrete Frage angeht, möchte ich das Dilemma aufgreifen, das in der Frage, die Sie gestellt haben schon mitschwingt, ich meine die Frage nach konzentrierter Förderung und der Förderung von kulturellen Rahmenbedingungen. Es gibt in Berlin eine Kulturverwaltung, die den Musikbereich unter kulturellen Aspekten fördert, es gibt eine Jugendverwaltung, die auch mit Musik zu tun hat, insoweit als sie auch ein Netzwerk von Studios, von Veranstaltungsorten, Veranstaltungen etc. im Jugendkulturbereich aufgebaut hat. Und es gibt einen Wirtschaftssenat, der bislang und das würde ich als eine strukturelle Schwäche in Berlin nach wie vor benennen, sich diesem Gebiet noch nicht ganz so geöffnet hat. Schon seit 10 Jahren arbeiten wir an diesem Dilemma. Doch die Bereitschaft zur Öffnung, nämlich überhaupt zu erkennen, daß wir hier nicht nur über Kultur, sondern auch über einen Wirtschaftsfaktor reden, ist mehr als gering. Wir haben das Problem nicht nur im Bereich Musik, sondern auch im Zusammenhang mit den Unterhaltungstheatern. Auch hier versuchen wir, die Wirtschaftsverwaltung entsprechend den ihr möglichen Mitteln und Ansätzen - die wesentlich mehr Instrumentarien an der Hand hat - mit einzubinden. Leider ist uns das noch nicht gelungen. Allerdings ist das eine übergreifende strukturelle Schwäche im Verständnis öffentlicher Förderung Berlins. In Nordrhein-Westfalen ist in der Tat die Wirtschaftsförderung schon seit vielen Jahren dabei. Sie erkennt dieses Feld als ein wichtiges unterstützungswürdiges Feld für das Land an.

Florian Wachinger (Student)      Woran liegt das, daß in Berlin von Seiten der Kulturpolitik noch nicht erkannt wurde, daß gerade Musik ein ganz großer Standortfaktor sein kann? Sind das in erster Linie strukturelle Probleme oder lassen sich die Defizite personifizieren?

Barbara Esser Die Kulturpolitik hat schon längst erkannt, daß sie es bislang nicht geschafft hat, die Wirtschaftspolitik dieses Landes an ihre Seite zu holen. Peter Radszuhn wird das bestätigen. Wir hatten ja einmal ein kleines Pflänzchen, das parallel zur Popkomm entwickelt wurde; die "berlin independent days". Es war uns damals schon nicht gelungen, die Wirtschaftsverwaltung davon zu überzeugen, daß sich dieses Pflänzchen nur dann entwickeln kann, wenn der Wirtschaftssenat langfristig und kontinuierlich mit finanziellen Mitteln und strukturellen Maßnahmen einsteigt. Letztendlich ist das ein Grund dafür, daß wir keine entsprechende Musikmesse in Berlin haben aufbauen können. Es ist nicht so sehr die Kultur, sondern die Wirtschaftspolitik, die sich sperrt.

Peter Radszuhn Dazu würde ich ganz gern etwas sagen. Leider bin ich auf dem Sprung, ich muß in einer 3/4 Stunde in Potsdam eine Sendung moderieren. Radio ist ein pünktliches Geschäft. Ich bin seit 20 Jahren in Berlin, habe in Westberlin bis zur Wende als Musiker, Kulturschaffender und in den Medien gearbeitet. In all diesen Jahren hatte ich sehr enge Kontakte zur Kulturförderung. Ende der 70er ging das los; der erste Rockbeauftragte. Berlin hatte damals eine Art Vorreiter- und Vorbildfunktion. Berlin hat immer durchaus Sachen innovativ gestartet, aber andere haben das besser und richtiger gemacht. Es gab den Rockbeauftragten, der sich viel Mühe gegeben hat, es gab ein Referat für freie Gruppen, in die von Anfang an die Szene sehr stark einbezogen wurde. Heute hatte ich fast ein Déjà-vu, ich fühle mich 15 Jahre zurückversetzt. Damals haben wir auch dagesessen und solche Fragen gestellt, was ich sehr interessant finde. Die Szene war es, die auf die Idee kam; wir machen mal so was wie die "Midem" in Cannes, nur geiler, irgendwie nicht so schickimicki, sondern toll von der Basis her kommend. Westberlin war 1988 Kulturstadt Europas. Es gab also in der Kulturförderung Mittel und nicht unerhebliche Mittel, um so etwas zu starten. Wir haben es gestartet, ein Jahr vor der Popkomm. Auch ein junger Mann (Dieter Gorny) aus dem Rockbüro Wuppertal kam und hat sich das alles sehr interessiert angeguckt. Auch im darauffolgenden Jahr war er wieder da und hat gesagt; ihr habt doch ein Rad ab ... da muß man Synergieeffekte erzielen, da muß die Wirtschaft mit ins Spiel, da müßte die große Industrie mit ins Boot und und und... Ich meine das jetzt gar nicht zynisch, aber die (in Köln) haben uns gezeigt, wo der Hammer hängt: Leute mit der entsprechenden Power, fulltime und professionell. Wir in Berlin waren damals mitnichten Profis. Wir waren sehr engagiert, aber wir waren keine Profis. Auch der Kultursenator (Volker Hassemer) war sehr engagiert. Etliche Leute haben die bid mit angeschoben. Aber es hat dann an der Weitsicht gefehlt zu sagen, das etablieren wir jetzt, das ist eine Messe, das ist ein Kongreß, die bringt jedes Jahr erst mal Tausend, dann Zweitausend und dann so bei Zweitausendfünfhundert hätten wir vielleicht den break even erreicht und Leute aus dem gesamten Bundesgebiet und wirklich aus der ganzen Welt, also Musikschaffende, Producer, Musiker, Journalisten usw. wären nach Berlin gekommen. Aber, wir mußten jedes Jahr aufs Neue um die Finanzierung kämpfen. Ich selber habe die "wunderbare" Erfahrung gemacht, ungefähr 20-30.000 Mark Einnahmeverluste zu haben, dem gegenüber standen Projektgelder in Höhe von ca. 16-18.000 Mark. Man ist also nicht mal plus minus Null rausgegangen. Das Dilemma bestand in einer Mischung aus Strukturfragen und den richtigen Leuten. Ich habe schon damals gesagt, ich bin eigentlich nicht der Richtige dafür, aber es gab keinen anderen, ich probierte es einfach. Heute wäre ich es vielleicht, mit entsprechenden Erfahrungen. Heute aber ist die

Popkomm eigentlich nicht mehr zu ersetzen oder auch nicht mehr wirklich sinnvoll parallel zu begleiten. An diesem Problem bzw. seiner Geschichte und den Lehren, die man daraus ziehen könnte, stört sich in Berlin offensichtlich bis heute keiner. Sicherlich, Berlin ist nicht zu vergleichen mit Nordrhein-Westfalen. Berlin hat auch in den vergangenen Jahren eine sehr eigenständige Entwicklung genommen, es ist eine Menge hinzugekommen, es hat sich vieles verändert. Die Ruhe aber, wie sie damals in Köln herrschte (z.B. über Jahrzehnte eine Partei an der Spitze der Landesregierung), daß ist hier nicht der Fall. Ich kann nur hoffen, daß das vielleicht hier so ein Ansatz ist, auch wenn es schon erste Gespräche in Klubs gegeben hat, daß das Ganze endlich wieder ernst genommen wird. Denn die Zeiten, daß das nur als Späßchen auf Dauer funktioniert - sicher kann man auch im Vorbeigehen viel machen, das ist auch toll so irgendwie - aber Popkultur ist ein riesiger Wirtschaftsfaktor und ich glaube, daß Berlin ein hervorragender Standort ist und ich kann mir das durchaus vorstellen, daß dieses Fenster nach Osten natürlich hoch interessant ist. Was potentiell hier alles vor der Haustür passieren kann! Das fängt aber eben im ganz Kleinen an, auch in den Verwaltungen und in unseren Köpfen.

Friedrich Gnad

Eine Ergänzung: In Nordrhein-Westfalen - ich habe es vorhin schon einmal kurz erwähnt - waren es tatsächlich auch wichtige Personen des Wirtschaftsministeriums, die das Thema aufgegriffen haben. Generell ist es aber leider v.a. auf der lokalen Ebene so - und da ist Berlin sicherlich kein Einzelfall - daß das Thema von der Wirtschaftsförderung noch immer kaum aufgegriffen wird. Wir hatten vor 14 Tage in Essen einen großen internationalen Kongreß zur Kulturwirtschaft in Europa - und haben Strategien, die in verschiedenen Ländern existieren vorgestellt und verglichen. In den einzelnen Ländern und Regionen wird das Thema Kulturwirtschaft in der Regel tatsächlich nur sehr marginal behandelt. Und so wurden auf dem Kongreß [10 sogenannte Leitsätze](#) für Politiker, für Leute in der EU, für Leute auch im Land und für die lokale Ebene formuliert, - um aufzuzeigen, wo oder was Kulturwirtschaft und was man mit Kulturwirtschaft strategisch machen kann in einer Stadt. Das sind Dinge, die Politiker eigentlich wissen müssen. Leitsätze haben den Vorteil, daß Politiker sie aufgreifen können, ohne lange Berichte lesen zu müssen.

Mercedes Bunz

Ich möchte Ihnen da widersprechen. Es geht hier doch heute eigentlich darum, Strukturen, Möglichkeiten und Probleme lokaler Musik zu thematisieren, nicht die der Wirtschaft. Das Problem für die Clubkultur und elektronische Musik besteht nicht daran, zu wenig als "Kulturwirtschaft" betrachtet zu werden. Im Gegenteil. Man kann in Berlin sehr gut sehen, daß große, wirtschaftlich rentable Veranstaltungen, wie die Love-Parade oder [BerlinBeta](#) vom Senat gefördert und begleitet werden. Die lokale, tagtägliche Clubkultur, auf der solche Veranstaltungen erst aufsetzen, bleibt jedoch unsichtbar. Das Problem ist m.E. nicht, daß Clubkultur nicht als Wirtschaftsfaktor anerkannt wird. Clubkultur, Technokultur usw., die hat sich eigentlich schon immer auch als wirtschaftlicher Faktor begriffen und dies von Anfang an deutlich artikuliert, ganz im Gegenteil zu alten Subkulturen der 80er Jahre. Das Problem ist, daß die Clubkultur, die nicht als Aushängeschild wirtschaftliche Rentabilität verspricht, nicht beachtet wird, weil sie nicht als Kultur anerkannt wird. Sie wird deshalb auch nicht aus kultureller Perspektive - die für nicht wirtschaftlich rentable Felder wie Kunst ja zuständig ist - gefördert. Es gibt andere Beispiele; in Mitte zum Beispiel Jutta Weitz (Gewerbeamt Mitte), die diese Entwicklung schon früh begriffen haben und versucht haben, diese Lücke auszubalancieren. Beispielsweise indem man versucht hat, kleineren Projekten Räume freizuhalten, um ih-

nen überhaupt öffentliches Arbeiten zu ermöglichen. Im allgemeinen aber ist das Bewußtsein auf der Senatsebene der lokalen Club- und Jugendkultur gegenüber feindlich, denn Clubkultur und populäre Musik gelten nicht als kulturelle Formationen, sondern als Ort für Drogen, Lärmbelästigungen oder Illegalität.

Claudia Wahjudi Darf ich kurz ergänzen. Deswegen finde ich es auch schwierig, wenn z. B. während der Diskussion im Sage-Club gewünscht wird, daß nicht länger nur Kulturjournalisten, sondern Wirtschaftsjournalisten zu entsprechenden Diskussionen kommen. So kippt man von einem Extrem in das andere. In der Politik und der öffentlichen Wahrnehmung wird Techno als Wirtschaft oder Clubkultur als Wirtschaftsfaktor verstanden, in den Medien als Kultur. Da klafft eine Lücke. Die Lösung - so meine ich - kann nicht sein, daß der eine sagt, wir wollen keine Kulturjournalisten mehr haben, sondern die Wirtschaftsjournalisten sollen kommen, und der andere sagt, nehmt uns doch endlich als eine kulturelle Formation wahr. Es geht nur beides zusammen. Das habe ich übrigens auch im Vortrag von Friedrich Gnad vermißt. Kultur wird über einen Kamm geschert, es geht nicht mehr um Inhalte oder Formen, ganz egal wer da etwas macht. "Coburg macht Samba" - wunderbar, das kann man prima vermarkten. Was aber hat Coburg mit Samba zu tun? Musik oder Kultur generell braucht je nach dem, was für Inhalte sie präsentiert oder vermitteln möchte, verschiedene Möglichkeiten der Förderung. Man kann nicht alles gleich fördern und als Wirtschaftsfaktor betrachten. Wohnzimmermusik braucht ein anderes Umfeld als Techno. Beispiele gäbe es viele. Das habe ich vorhin in Ihrem Beitrag sehr vermißt.

Friedrich Gnad Nun, wir müssen unterscheiden, welche Perspektive ein Wirtschaftsförderer heute hat und welche ein Kulturförderer. Wir können vom Wirtschaftsförderer nicht verlangen, daß er auch die kulturellen Inhalte etc. mitdenkt. Er soll wirtschaftliche Aktivitäten fördern. Ob das jetzt Kultur ist oder etwas anderes, das interessiert ihn erst einmal nicht. Das müssen wir akzeptieren. Das ist wirklich eine andere Perspektive. Wenn er sich persönlich dafür interessiert, dann ist das sehr schön, aber das muß er nicht, ist auch nicht seine Aufgabe. Und wenn sich beide Perspektiven treffen, ist das natürlich erst recht erfreulich. Insofern ist es aber auch kein Widerspruch, wenn Stadtmarketing-Manager sagen; ich fördere ein großes Festival, weil es der Stadt gut tut. In dem Moment haben sie Kultur als Standortfaktor im Auge, also eine eher enge Perspektive, die sich aber weniger dafür interessiert, was da nun konkret stattfindet. Man muß wirklich unterscheiden, von welcher Perspektive aus wir auf das Problem schauen und was wir wollen. Wir können nicht von Leuten verlangen, daß sie Basis-Kultur fördern, wenn sie Wirtschaft fördern sollen, auch wenn - und das wissen wir alle - dieses letztendlich aber doch zusammenhängt. Um wirklich vorwärtszukommen, brauchen wir aber auch unterschiedliche Perspektiven und Aktivitäten. Bis das allgemein aber begriffen wird, ist es offensichtlich noch ein weiter Weg. Irgendwie müssen wir aber dahin kommen.

Thomas Liljeberg Das sehe ich auch so, denn es existiert sehr wohl ein Beziehungsgeflecht. Zunächst möchte ich aber Frau Esser unterstützen, denn sie hat es wahrlich nicht leicht in einer Verwaltung, die im wesentlichen von einem Kulturbegriff aus dem 19. Jahrhundert geprägt ist. Problematisch sind aber nicht nur die sogenannten oberen Verwaltungen (Senatsverwaltung), sondern auch die unteren Verwaltungen. Ich denke da z.B. an das Umweltamt im Bezirk Mitte, das durch einen sehr traditionellen Begriff von

Urbanität geprägt ist. Dort arbeiten ältere Herren, die es tatsächlich fertig bekommen, wenn sie morgens zur Arbeit ins Umweltamt fahren und dabei die Zeitung lesen, die Veranstaltungshinweise nicht etwa danach durchzusehen, ob sich etwas interessantes für sie findet, sondern welche Clubs aufgemacht haben und welche von denen nicht konzessioniert sind.

Mercedes Bunz

Ja, aber genau das ist doch der Punkt. Man muß am Kulturbegriff der politisch Verantwortlichen ansetzen. Ich kann verstehen, daß eine Stadtregierung oder Landesregierung in einer Zeit, wo alle Leute angeblich das Arbeitslosenproblem als größtes Problem sehen, Kultur danach beurteilen, ob sie Arbeitsplätze schafft oder nicht. Kann sein, daß die Popkomm Arbeitsplätze geschaffen hat, aber sie deshalb gleichzeitig als qualitativ hochwertig im popkulturellen Bereich zu erklären, schießt wohl weit über die Tatsachen hinaus. Ich bin selbst viele Male auf der Popkomm gewesen, ich schreibe für ein sogenanntes Special Interest Magazin, das sich der elektronischen Musik widmet und eines kann ich anmahnen: Szenenüberblick bekommt man auf der Popkomm nun wirklich nicht. Sie soll das Kulturleben stärken? Wielange tut sie das? Sie dauert vier Tage und wird begleitet vom Ringfest, das legt die ganze Stadt lahm, da essen alle Bratwürstchen und hören Schunkel-Musik. Kulturleben? Wir müssen uns also überlegen, was hier passiert. M.E. wird ein alter Hochkulturbegriff zu einem Wirtschaftskulturbegriff dazugesetzt. Dadurch wird so getan, als würde die sogenannte Event-Kultur funktionieren. In der Tat wird jedoch keine Kultur betrieben. Was passiert ist doch folgendes: Gut verkäufliche Teile kultureller Formationen werden gebündelt. Komplexe Kulturen werden auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert - der natürlich eine grosse Masse von Leuten anzieht, das liegt in seiner Natur - und diese Wirtschaftlichkeit wird dann rückwärts als Kultur verkauft.

Annette Mühlberg

Spontan sehe ich das genau so, aber ich sehe nicht so sehr das strukturelle Problem. Sicher, es sind strukturelle Probleme vorhanden; Ämter machen ihr Ding, trennen voneinander. Das rührt aus verschiedenen Kulturverständnissen. Dabei wird der gewerbliche Bereich generell - ob nun Klubs, Agenturen oder Label usw., all das, was sich in Mitte in den letzten Jahren in einer wahnsinnigen Geschwindigkeit entwickelt hat - überhaupt nicht als kulturelles Phänomen betrachtet, in den Bezirken aber leider auch nicht als wirtschaftliches. Es ist also weder Gegenstand kommunaler Kulturpolitik noch kommunaler Wirtschaftspolitik. Wenn z.B. kommunale Kulturpolitik argumentiert, dann geht es meistens um sogenannte soziokulturelle Projekte und wenn auf der Landesebene um Geld gestritten wird, dann geht es fast ausschließlich um Theater und Museen, um die sog. Leuchttürme. Der große Rest dessen - und ich behaupte einmal das ist das, was wirklich Kultur ausmacht - der ist ein enorm verflochtener komplexer Bereich verschiedener Träger und verschiedenster Genres, die man so überhaupt nicht mehr auseinanderhalten kann. In unserer Studie zur kulturellen Situation und den Perspektiven kultureller Arbeit im Bezirk Mitte [1] haben wir festgestellt, daß nicht nur der private Bereich zunächst rein quantitativ anwächst gegenüber dem öffentlichen, sondern daß auch zwischen den Trägerformen die Grenzen überhaupt nicht mehr festzumachen sind. Senatseinrichtungen werden als landeseigene GmbHs oder private GmbHs schrittweise in freie Trägerschaften entlassen, damit sie zusätzlich Einnahmen erwirtschaften können. Die öffentlichen Einrichtungen im Bezirk werden nur noch zur Hälfte öffentlich finanziert, ansonsten über Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung, über eingespielte Mittel, Getränkeverkauf und Ähnliches. Die Analyse der Clubs hat gezeigt, daß es auch da immense Verflechtungen gibt. Clubs oder auch Kinos sind

nicht nur kommerzielle Einrichtungen, sondern werden von Vereinen getragen, die einen kulturellen Anspruch haben. Dort treffen sich kommunikative Szenen (wie z.B. hier im WMF). Das Bewußtsein dafür, daß das zusammen hängt und daß das einerseits mit Kultur zu tun hat und das es gleichsam etwas mit Wirtschaft zu tun hat, ist weder auf kommunaler noch auf Senatsebene Senatsebene ausgeprägt.

Schon der Fakt, daß wir unsere Bestandsaufnahme auch auf den privaten Bereich, private Galerien oder Clubs ausgedehnt haben, das fanden einige äußerst fragwürdig. Während der Diskussionen auf den 15 Kulturforen, die wir in Mitte offeriert haben, waren es die Kulturleute selber, z.B. Galeristen aus dem öffentlichen Bereich, von denen erhebliche Widerstände ausgingen. Wie könne man das überhaupt mit einbeziehen, denn das ist der Kommerz.

Auf Bezirksebene gibt es zweifellos ein enges Zusammenwirken der verschiedenen Ämter, v.a. zwischen dem Kultur- Stadtentwicklungs- und Jugendamt. Eine Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsamt ist aber schwer möglich, weil das Wirtschaftsamt in Mitte eine Ordnungsbehörde ist, nicht mehr. Dort melden sich die Clubs an, ab, und ansonsten versucht das Wirtschaftsamt nach Kräften, die illegalen Clubs in Grenzen zu halten. Aber auch aus der Perspektive von Stadtentwicklung kommt Kulturwirtschaft eigentlich in Mitte (v.a. in der Spandauer Vorstadt) gegenwärtig nur als negatives Signal vor. Man spricht von wuchernden Ballungsräumen, in denen sich alles konzentriert. Da werden die Bewohner belästigt und das müsse man eindämmen. Es gibt einen Bebauungsplan - beschlossen vom Bezirksamt - der die weitere Ansiedlung von Kneipen verhindern will, v.a. in Wohnstraßen. Clubs werden ähnlich behandelt, denn sie gelten schlicht als Vergnügungsstätten. Entsprechende Regelwerke können dann angewendet werden, d.h. keine weiteren Clubs in Wohngebieten.

Susanne Binas      Welches Interesse hatte Wirtschaftssenator Branoner, sich mit Clubbetreibern zu treffen und zu sprechen und welches Interesse hatten die Clubbetreiber an einer solchen Diskussion mit dem Wirtschaftssenator?

Sascha              Das erste ist schwer zu beantworten. Ich glaube er brauchte gute Presse, immerhin finden im Oktober (1999) Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Dahinter stand auch ein Existenzgründerinstitut und unser gemeinsames Interesse, sich dazu auszutauschen. Eigentlich ging es uns v.a. aber um die Diskrepanz zwischen Berliner Image-Broschüren - in denen wird damit geworben, wie toll man in Berlin die ganze Nacht über tanzen kann und wie viele Clubs es gibt - und dem Problem, daß es in Berlin-Mitte eigentlich keine einzige Tanzfläche geben dürfte. Die Auflagen der Versammlungsstättenordnung erfüllt eigentlich kein Klub. Denn die Behördenmühle besteht aus bis zu fünf Ämtern, die man mindestens durchlaufen muß, um eine Konzession zu bekommen. Dabei begegnen wir widersprüchlichen Richtlinien; die eine Behörde will jenes, die andere will das. Alle geforderten Auflagen kann man gar nicht erfüllen und theoretisch könnte man uns - wenn man wollte - diese Behörden hinterher hetzen.

Wolfgang Branoner hat erzählt, daß er mit ganz wichtigen Investoren - irgendwelchen Chemiekonzernen - nachts einmal durch die Clubs gezogen ist. Und das hat die eigentlich mehr beeindruckt als die Tatsache, daß Berlin so groß ist wie Frankfurt und Stuttgart zusammen und die deswegen eigentlich nach Berlin gekommen sind, weil es so eine prickelnde Stadt ist. Vergleichbares findet man weder in München, Frankfurt oder Stuttgart. Dort hört das Nachtleben - glaube ich - um 1.30 Uhr auf und alles ist irgendwie in geordneten Bahnen.



So verlief unser Gespräch letztendlich ähnlich kontrovers wie dieses hier. Zuerst wurde diese Berlin-Broschüre und anschließend ein Artikel von Marcella Masturbani aus dem..... vorgelesen, ein sehr bissiger Text, der u.a. aufzählt, wie viele Klubs allein in Mitte in den letzten drei Jahren zugemacht haben. Wir haben uns gegenseitig beteuert, daß das natürlich alles sehr sehr traurig ist.

Andererseits hat sich Senator Branoner schon recht korrekt verhalten.

Er sagte, daß es nie möglich sein wird, daß die Wirtschaft Nischen schafft für den Untergrund. Der Untergrund wird immer ein Untergrund sein, dafür heißt er so, dort kommt er her, da wird er seine Nischen sich suchen müssen, weil die Leute, die Techno erfunden haben im ersten Anlauf ganz sicher gescheitert sind, weil sie eben nur Musiker sind. Andere haben das immerhin aufgegriffen und haben gesagt, wir wissen, wie man das macht und so gab es dann immer mal den ersten Tip, der legal war. Die Wand zwischen Nischen oder Subkultur und den Wirtschaftsbossen kann und will niemand einreißen. Subkultur verweigert sich, sie will nicht organisiert werden.

Was den Bezirk Mitte und seine Kulturauffassung angeht, kann ich nur bestätigen, was bereits gesagt wurde: 19. Jahrhundert. In den Amtsstuben sitzen Damen mit geblühten Blusen, die einem den Stempel verweigern. Man geht wieder und wieder hin, fleht und bittet und hat schon ein paar Hunderttausend investiert, die Einladungen zur Eröffnungsfeier schon rausgeschickt und Schweiß tropft einem von der Stirn. Und die Damen in den geblühten Blusen, die sagen NEIN.

Senator Branoner hat versprochen, er wolle sich dafür einsetzen und er wird uns gegebenenfalls helfen, Anträge zu formulieren. Damit haben wir aber eigentlich nicht so ein Problem. Auf irgendeiner - jetzt kenne ich mich in den Behördenkreisen nicht so gut aus - auf irgendeiner Versammlung der Bezirksbürgermeister oder so, wird er irgendwie mal so ein bißchen für uns sprechen und letztendlich hat er gesagt, wenn ihr euch formiert, dann habt ihr eine Chance, auch gemeinsam irgendwie was zu verändern oder etwas durchzusetzen. Wir haben daraufhin das erste Berliner Clubkomitee gegründet. Aber das wird bestimmt eine schwierige Sache. Außerdem habe ich allein schon damit Schwierigkeiten, mich mit einem Innensenator auf der Love-Parade tanzen zu sehen. Ich weiß nicht mehr, wem ich glauben soll, der Love-Parade oder dem Innensenator.

... ein erster Versuch - denke ich - das war das Treffen trotzdem allemal wert.

Claudia Wahjudi Die immer wieder genannten Auflagen der Ordnungsämter zwingen die Clubbetreiber, sich in einem Maße zu professionalisieren, wie man sich das gleich gar nicht von der Clublandschaft wünscht. Man muß enorme Summen investieren, wenn man einen Klub aufmachen oder übernehmen will, man muß gucken, daß die Toilettentür genau so und so breit ist, und man muß in den Lärmschutz investieren. Sein Programm muß man dann so gestalten, daß diese Ausgaben auch wieder reinkommen. Besser wäre aber eine breite Clublandschaft, mehr Spielraum, mehr Freiheit und nicht die Abhängigkeit von enorm hohen Investitionskosten.

- Teilnehmer      Eigentlich ist es noch krasser. Ich möchte den Club sehen, der es schafft, tatsächlich auflagengerecht zu existieren. Es gibt wirklich Dinge, die sind nicht machbar. Wenn hier (WMF) ein DJ auflegt, dürften dort vorn an der Bar nicht mehr als drei Dezibel sein. Das entspräche der Lautstärke eines Kassettenrecorders. Da kann doch kein Mensch dazu tanzen. Das ist z.B. eine Forderung, die wird man nie einhalten können. Gleiches trifft für das Verhältnis von vorhandenen Quadratmetern, Besuchern und Toiletten zu. Da bleibt nur der illegale Klub.
- Sascha            Sicher man geht - was diese Zahlen angeht - ein erhebliches Risiko ein. Ich für meinen Teil würde aber nie einen illegalen Club aufmachen, weil es hat dann überhaupt keine Zukunft. Trotzdem ist das Risiko groß, man investiert, man baut, man hat von Anfang an die Behörden mit dabei und informiert sie über jeden Schritt den man geht und am Ende kann es dann trotzdem sein, daß sie sagen, nein. Eine Konzession ist eine "Kannsache", keine "Mußsache".
- Thomas Liljeberg      An der Willkür, wie ordnungspolitische Maßnahmen gehandhabt werden, kann man ablesen, welche wirtschaftspolitische aber auch kulturpolitische Stimmung in der Stadt gerade vorherrscht. Manchmal werden z.B. baupolizeiliche Kontrollen sehr lax gehandhabt, manchmal gleichen sie Razzien. Es gibt Zeiten, da bekommen alle Clubs in Mitte innerhalb von zwei Wochen Besuch, Strafen werden verhängt und Konzessionen zurückgezogen.
- Friedrich Gnad        In der Wirtschaft gibt es sogenannte unregulierte Räume. Worüber wir gerade gesprochen haben, das hat natürlich sehr viel mit solchen unregulierten Räumen zu tun. Kultur braucht diese unregulierten oder zumindest weniger regulierten Räume. In anderen Ländern kennt die Wirtschaft solche Räume, zum Beispiel die "free enterprice zones" - mit all auch ihren sehr problematischen Seiten - Deutschland ist da strenger. Jedenfalls ist der Grundgedanke auch für manche Kultur interessant: In solchen "unregulierten Räumen" werden Sondervereinbarungen getroffen, man legt nicht die sonst üblichen, strengen Maßstäbe an, man handelt sie gemeinsam aus. Das ist bekanntlich nicht einfach. Wir haben einmal versucht, Techno-Veranstaltern die Nutzung alter Bergbauegebäude zu ermöglichen. Dabei muß man wissen, daß gerade Bergbau sehr sehr streng in Nordrhein-Westfalen oder im Ruhrgebiet reguliert ist. Dies ist seinerzeit nicht gelungen. Man braucht ein hohes Maß an Geschick im Verhandeln und die gegenseitige Bereitschaft, solche unregulierten Räume zu entwickeln. In Deutschland stößt man sehr schnell an die Grenzen der Ordnungspolitik. Das ist leider so. Allerdings muß man sich schon genau überlegen, wie weit man in der Praxis dann wirklich gehen kann, ohne daß einem schließlich das Haus über dem Kopf zusammen stürzt.
- Christian Isheim (Student)      Das Problem speziell hier in Mitte ist m.E., daß die Voraussetzungen für solche unregulierten Räume wegsaniert werden. Es gibt bald keine Substanz für solche unregulierten Räume mehr, weil die Räume einfach fehlen.

- Claudia Wahjudi Das ist vergleichbar dem sog. Dominoprinzip. Erst kommen die Galerien und die Clubs, das Publikum und die Flaneure, dann die Boutiquen und Kneipen und schließlich die Investoren. Noch hat man genug Ausweichquartiere, z.B. den Bezirk Friedrichshain. Theoretisch könnte man so die ganze Stadt durchspielen. Das ist aber keine Lösung. Immer erst ein paar Jahre später wirbt die Stadt mit dem entsprechenden Image, versucht es aufzugreifen. Erstens ist die Karawane dann meist schon weiter gezogen, zweitens macht die Stadt sich damit selbst kaputt.
- Susanne Binas Wir hatten vorhin festgestellt, daß sowohl die Kulturpolitik als auch die Wirtschaftspolitik mit einem Kulturbegriff hantiert, der mehr oder minder aus dem 19. Jahrhundert stammt. Kultur als das Veredelnde und Erhabene, scheinbar jenseits von ökonomischen Zwängen und Zwecken. Das Gesamtkunstwerk erscheint heute als Event. Hat die Vielfalt der heute existierenden Kulturbegriffe eine reelle Chance, wahrgenommen und adäquat gefördert zu werden?
- Mercedes Bunz Mit den Kulturbegriffen wird eher schizophren umgegangen. Aus der touristischen Perspektive wirbt Berlin mit Clubkultur, aus der sog. kulturellen gilt sie nicht als Kultur. Da, wo es der Stadt Gewinne bringt, ist es als Kultur anerkannt, auf der Ebene aber, wo die Stadt dafür etwas tun müßte, interessiert sie sich lediglich aus ordnungspolitischer Perspektive. Dann interessiert sie sich für Unregelmäßigkeiten und stellt kulturelle Aspekte hinten an.
- Sascha Es reicht eine anonyme Beschwerde an das Umweltamt. Es folgt die Forderung, die Schließzeit des Clubs auf 22.00 Uhr vorzuverlegen. ... ja das ist witzig, wir machen erst um 23.00 Uhr auf.
- Susanne Binas Politik muß allerdings auch bestimmte Interessen austarieren; die Interessen der Mieter z.B. und die der kulturellen Akteure. In Mitte besteht seitens der Kommunalpolitik nach wie vor der Wunsch, Wohnen, Arbeiten und z.B. Clubbing beieinander zu halten. Kommunalpolitik könnte diese Interessenkonflikte moderieren. Das dürfte - wie wir erfahren haben - recht kompliziert sein. Deshalb meine Frage an Friedrich Gnad, als Vertreter einer Firma, die - ich will einmal sagen - sich als Beratungsfirma für urbane Probleme versteht; wie kann man derlei durchaus gegeneinander gerichtete Interessen austarieren?
- Malte Stamm (Student) Probleme haben dann doch aber immer nur die kleineren, der Mittelstand, Musicals, Banken, Weltkonzerne setzen ihre Interessen ohne Eingeständnisse machen zu müssen durch.
- Friedrich Gnad Clubkultur oder "kleinere Kulturwirtschaft" und die Großen der Branche (z.B. Musicals) - daraus ergeben sich völlig verschiedenen Förderungsperspektiven. Musicals werden - so kenne ich das bisher - nicht aus dem Kulturtopf bezahlt. Dahinter stehen rein privatwirtschaftliche Investitionen, z. B. von der Stella-AG in Hamburg, im Ruhrgebiet oder Stuttgart. Nehmen wir z.B. die Stadt Bochum; das Musical Starlight-Express läuft in einem öffentlichen Gebäude, von der Stadt mit Landeszuschüssen aus dem Wirtschaftstopf gebaut. Die städtische Kulturförderung hat damit überhaupt nichts zu tun. Sobald das Musical keine Interessenten mehr findet, wird es abgesetzt, es gibt möglicherweise ein neues Musical oder das Gebäude für andere Zwecke genutzt. Diese mögliche neue Nutzung ist bereits in der Konzeption des Gebäudes miteingeplant worden. Die Stella-

AG konnte das Gebäude zu günstigen Konditionen anmieten. Insofern ein eher klassisches Beispiel für Wirtschaftsförderung.

Daß Clubkultur nicht gefördert wird, hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, weil sich keiner zuständig fühlt. Die Kulturämter sagen nein, denn es ist ja privatwirtschaftlich organisiert, also ein Fall für die Wirtschaftsförderung. Die lokale Wirtschaftsförderung nimmt Clubs - oder allgemein "off-Kultur" nicht oder kaum wahr. Im Ruhrgebiet z.B. hat man "off Kultur" in dieser Größenordnung in wirtschaftlicher Hinsicht lange Zeit überhaupt nicht registriert. Das hat sich aber inzwischen ein wenig verändert. Trotzdem, Akteure dieser Art sind für Wirtschaftsförderer weder Fisch noch Fleisch. Betreiber finden aber auch häufig nicht richtig den Mut, weil sie sich v.a. als kulturelle Akteure verstehen, zur Wirtschaftsförderung zu sagen; da bin ich, ich brauche Risikokapital für meine Vorhaben. Auf der anderen Seite fehlt der Wirtschaftsförderung die Erkenntnis, daß es dabei um das unternehmerische Ideen, Arbeitsplätze geht, wenn auch zunächst in ungewohnter Form.

Ein ganz düsteres Kapital dabei sind die Banken, sie verstehen das gar nicht oder das Risiko ist ihnen zu hoch. In Frankreich gibt es beispielsweise einen Risikofonds für kulturwirtschaftliche Gründungen, in Deutschland sucht man meines Wissens vergebens nach vergleichbaren Möglichkeiten.

So ist es immer wieder ein Kampf zwischen verschiedenen Interessen und Perspektiven. Von unterschiedlichen Seiten gibt es dann berechnete Interessen, die auch in Regelwerken (z.B. rechtlicher Rahmen) festgehalten sind. Dennoch gibt es in der Regel fast immer eine Menge Spielraum. Ober der ausgeschöpft wird, hängt zumeist an einzelnen Personen und/oder am mehr oder weniger starkem politischem Willen. Auch bedarf es dann verhandlungsfähiger Leute. Ansonsten wird es immer sehr schwierig, das ist meine Erfahrung.

Mercedes Bunz

Ich glaube, daß der Lärmschutz noch das geringste Problem der Berliner Clubszene ist. Ich muß auf das übergreifende Problem zurückkommen, den veralteten Kulturbegriff. Sicher, Clubs sind private Unternehmen, ganz klar, die arbeiten auch mit ihrem eigenen Risikokapital. Aber wenn ich ein Theater gründen würde, dann würde mir die Bank bestimmt schneller einen Kredit geben, als wenn ich einen Club gründen würde. Es ist ein traditionelleres und vertrauenserweckenderes Medium.

(Zwischenruf: Niemals.)

Mir will es nicht in den Sinn, daß die Wirtschaft behaupten kann, daß sie keine Nischen für die Clubkultur schaffen kann, für sich selbst aber sehr wohl Nischen schafft. Ich meine, ein Projekt wie den Potsdamer Platz kann man nicht bauen, ohne daß es nicht gewaltige Nischen in der Berliner Rechtsstruktur gibt, plus Lahmlegung mehrerer Straßen, Stau usw. Diese Nischen werden jedoch niemals diskutiert. Denn es bringt ja Arbeitsplätze. Auch die Berliner Clubkulturszene hat allein in Berlin-Mitte bestimmt über 150 Arbeitsplätze geschaffen. Wenn Leute z.B. halb beschäftigt sind, hält es sie auch ab, sich beim Sozialamt zu melden. So wird die Statistik bereinigt.

Claudia Wahjudi      Und dann wären da noch diverse Synergieeffekte. Wenn man das alles einmal in Geld umrechnen würde, käme wahrscheinlich sehr viel dabei raus. Hier in diesem Raum (WMF) findet beispielsweise das Treffen eines Internetvereins statt. Er nutzt den Raum umsonst, müsste anderswo Raummiete bezahlen. Von hier aus knüpft er diverse neue Kontakte, die schließlich im Sommer einen großen Kongreß im [Haus der Kulturen der Welt](#) vorbereiten helfen. So ist das alles miteinander verflochten. Wenn man in Geld umrechnen würde, was mit Hilfe informeller Strukturen allein in solch einem Clubraum umgesetzt wird, das wäre enorm. Vielleicht fördert ja die Clubkultur eher die Wirtschaft als umgekehrt. Was normale Firmen oder etablierte Kulturinstitute nur mit Hilfe immensen bürokratischen Aufwands, mit viel Geld und Material bewältigen, wird hier nach dem "helfe ich dir, hilfst du mir" Prinzip geregelt.

Barbara Esser      Lassen sie mich noch einmal ein paar Aspekte aufgreifen, die hier angesprochen worden sind.

Das erste betrifft das Kulturverständnis. Ich finde es ist nicht richtig, das Kulturverständnis in der Kulturpolitik Berlins im 19. Jahrhundert zu vermuten. Es ist zumindest in den 70er Jahren des 20. Jahrhundert angekommen. "Kultur für alle", dieses Verständnis hat ja dafür gesorgt, daß nicht nur in der Wahrnehmung, sondern auch in der Instrumentalisierung Clubkultur in dieser Stadt vorkommt und auch nach außen transportiert wird. Auch als die Existenz des Tacheles am seidenen Faden hing, wurde weltweit am meisten von der Jugend rings ums Tacheles gesprochen.

Zweitens gibt es in Berlin einige Besonderheiten. Anders als in Bochum und anders als in anderen Regionen ist der Bereich Musical-Theater nach wie vor im Bereich der Kulturförderung angesiedelt, mit Ausnahme der Stella-AG und anderen privaten Betreibern, deren Erfolge - sage ich mal - in dieser Stadt nur von kurzer Dauer sind. Das Theater des Westens und der hier ganz in der Nähe liegende Friedrichstadtpalast können ihr spezielles Angebot nur mit anteiligen Mitteln aus der Kulturförderung sichern. Das sind durchaus Aspekte, wo unser Haus versucht hat unter dem Aspekt Wirtschaftsförderung, Prozesse auch finanziell mit in Gang zu bringen. Das hängt - und darauf ist Peter Radszuhn eingegangen - natürlich auch von Personen ab. Der jetzige Wirtschaftssenator ist ein relativ junger Mann, sein Blick auf die Dinge, sein Kulturbegriff und seine Sozialisation unterscheiden sich schon von anderen. Das ist nicht nur politisches Kalkül (Wahlkampf) und die Gier nach guter Presse, sondern hier gibt es in der Tat Indizien für neue Ansätze (z.B. Existenzgründungsprogramme für die sich entwickelnden kulturellen Felder). Ich habe Hoffnung, daß hier mehr Bewegung ist als in den Jahren zuvor. Sicher müssen wir die Versprechungen daran messen, was tatsächlich heraus kommt.

Und drittens sind in Berlin ordnungspolitische Fragen von höherer Komplexität als anderswo. Nicht nur, daß landes- und bundespolitische Gesetzgebungen beachtet werden müssen, hinzu kommen die 23 Bezirke, die wir zur Zeit in Berlin noch haben. Kommunale Spielräume werden in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich gehandhabt. Als Kulturverwaltung haben wir dabei vielfach Vermittlungsversuche unternommen. Unsere Erfahrungen zeigen, daß dies sehr wichtig und oftmals erfolgversprechend ist.

Es gibt allerdings Fälle, da kann man gar nichts mehr machen. Ich erinnere mich an einen Anruf von Dimitri Hegemann, der mir mitteilte, daß die Behörden den Tresor schließen wollen. Ich habe das ganz locker genommen und bin mit ihm bei den betreffenden Ordnungsbehörden erschienen. Aber da gab es tatsächlich enorme bautechnische Probleme, wenn z.B. unten im Tresor Feuer ausbricht, kommt niemand mehr über die schmale Treppe nach oben. Der Ermessensspielraum der Behörde war ausgeschöpft.

Kurz vor der Love-Parade werden wieder die entsprechenden Veranstalter bei uns anrufen und um Vermittlung bitten. Da geht es dann weniger um inhaltliche Fragen, sondern um Genehmigungen für Parties, die draußen stattfinden oder an Orten, die Probleme mit sich bringen. Ich muß mich gegen den Vorwurf aussprechen, die Clubkultur wäre bei uns unter kulturellen Gesichtspunkten noch nicht angekommen. Ich spiele dabei jetzt gar nicht auf den Fakt an, daß mir gestern ein Flyer auf den Tisch geflattert ist, auf dem Senator Radunski für die Love-Parade wirbt. Im Bereich der Populärmusik haben wir in den vergangenen Jahren immer auch in der Clubszene gefördert, sei es Einzelveranstaltungen oder seien es bestimmte infrastrukturelle Maßnahmen. Im kulturpolitischen Rahmen ist man sich der Bedeutung, auch der kulturellen Bedeutung dessen sehr wohl bewußt.

Thomas Liljeberg      Wir erleben derzeit einen Umbruchprozeß, der wahrscheinlich im Bezirk Mitte manifester wird als irgendwo anders. In den vergangenen zwei Jahren wurden die letzten Prozesse auf Restitutionsansprüche abgeschlossen und im letzten Jahr gab es zum letzten Mal die bekannten Sonderkonditionen für steuerlich interessante Abschreibungsmodelle in Bauzusammenhängen. Das Gebiet, auf dem wir uns heute hier befinden, ist wahrscheinlich eines der höchstbewerteten Gebiete in Deutschland, wenn nicht überhaupt in Europa. Das betrifft die Quadratmeterpreise, die Verkehrsanbindung, usw. Urbanisten könnten uns das vorrechnen. Wer bisher in Ruinen seine Projekte aufzog, der muß sich nun entscheiden, ob er sie in den Neubauten weiter machen will. Denn die Mieten werden sich drastisch verändern. Vor diesen Alternativen steht man in Mitte. Abschließend kann ich dazu nur sagen, helfen werden zwei Sachen; gute Wärmedämmung und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Sören  
Bauermeister      Ich möchte in diesem Zusammenhang etwas hinzufügen, was weniger mit der Clubkultur zu tun hat, als mit Fragen der Musikwirtschaft ganz allgemein. Eine interessante Popkultur, Clubszene und Labels fördert die Kreativität von Künstlern, die dann auch international und national von der Musikwirtschaft vermarktet werden kann, quasi als Exportgut bzw. Wirtschaftsgut die Stadt einmal zu repräsentieren. Umgekehrt helfen sie, Berlin kulturell aufzuwerten. Solche Quellen sprudeln nicht in kulturell öden Landschaften. Verantwortliche für Kultur und Wirtschaft in der Stadt sollten sich dessen bewußter werden. Lokales Talent und Kreativität kann man eigentlich nur fördern, in dem man die Rahmenbedingungen schafft, weniger in dem man gezielt finanziell unterstützt. An diese Rahmenbedingungen zu denken, das halte ich für immens wichtig. Damit wird Berlin auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Wenn es in Zukunft darum geht zu entscheiden, wo man in Deutschland sein Büro aufmacht, dann wird im Bereich der Musikwirtschaft Berlin wohl ganz vorn liegen. Die Love-Parade und eine lebendige Clubszene werden diese Entscheidungen erleichtern.

Susanne Binas All diese Prozesse sind offensichtlich von außerordentlicher Dynamik. Was wichtig scheint festzuhalten, sind die immer wieder hier angesprochenen Kreisläufe, die für die lokale Musikwirtschaft - und nicht nur für die - von so großer Bedeutung sind. Diese Kreisläufe haben eine kulturelle Qualität und kulturelle Phänomene induzieren ihrerseits bestimmte wirtschaftliche Entwicklungen. Diese Argumentation ist aber keineswegs geläufig. Da bedarf es noch weiterer Einsichten und Diskussionen.

Friedrich Gnad Als eher Außenstehendem ist mir aufgefallen, daß es hier sehr viele Aktivitäten und Initiativen, aber auch etliche Probleme gibt. So wie sich mir die Situation aufgrund der Diskussionen darstellt, hätte ich zwei Vorschläge zu machen. Zum einen braucht man eine Art Konzept mit einem Bündel an Strategien, damit Leute, die wenig mit diesen Zusammenhängen zu tun haben wissen, wie derlei Aktivitäten und Akteure einzuordnen sind, also sowohl wirtschaftlich als auch kulturell und anderes mehr. Es geht um musikwirtschaftliche Fragen aber auch um solche, die die gesamte Kulturwirtschaft betreffen. Damit müssen Entscheidungsträger im politischen Raum konfrontiert werden. Aber auch die Akteure selbst müssen manchmal erst verstehen lernen, wohin sie gehören.

Zum anderen geht es tatsächlich auch um eine neue Generation von Akteuren und von Politikern. Warum sollen Leute in der Wirtschaftsförderung nicht sehr aktiv sein und sich für diese Dinge interessieren!? Man braucht Verbündete, man muß sie sich suchen und Überzeugungsarbeit leisten. Es braucht aber immer beides; Strategien und Rezepte aber auch starke Akteure und Verbündete.

---

## Endnoten

1. Kultur in Berlin Mitte. Studie zur kulturellen Situation und zu den Perspektiven kultureller Arbeit im Bezirk Mitte von Berlin - Grundlage eines Kulturkonzeptes. Hrsg. vom Bezirksamt Mitte von Berlin. Kulturamt Mitte: Projekt Stadtkultur Mitte unter Leitung von Annette Mühlberg, Redaktionsschluß März 1999, erhältlich beim Kulturamt Mitte, Auguststraße 21, 10117 Berlin, Tel.: 030/28884451.